

Diskussion (Arbeitsgruppe 1/Runde 3)

Dagmar Deckstein: Bei den Stellungnahmen von Teichmüller bis Wiesehügel fand ich folgendes interessant: Erst schildern sie beredt, wie anders sie schon geworden ist, die Arbeitswelt. Und dann - das gehört wahrscheinlich zu Ihrer Jobbeschreibung - widersprechen Sie meinen Ausführungen flammend. Ich habe nur andere Worte gebraucht als sie: wachsende Individualisierung und Verselbständigung der Arbeitswelt.

Der entscheidende Faktor für mich ist der zunehmende Konkurrenzkampf, die Entsolidarisierung unter den alten Gewerkschaften. Sie schlagen sich um die Überbleibsel der alten industriellen Arbeitswelt, anstatt daran zu arbeiten, neue Mitglieder zu gewinnen. Macht ist nichts anderes als Mitgliederstärke, so habe ich es jedenfalls immer verstanden. Wie kann ich also Menschen für mich begeistern? Nicht, indem ich Transparente ins Fernsehen halte und

rufe: Protest, Protest, wir sind gegen... Das macht niemanden an. Wo ist die Begeisterung für die gewerkschaftliche Sache? Welche großartigen Kernkompetenzen haben Sie anzubieten, so dass Leute wie ich überhaupt nicht widerstehen können?

Ulrich von Alemann: Ich habe in den achtziger Jahren eine Partei bei Wahlkämpfen in einem großen deutschen Bundesland beraten. Ich fand es ganz erstaunlich, dass es in den ersten Sitzungen regelmäßig hieß: "Was haben die anderen wieder gemacht?" Zunächst dachte ich, es sei die Konkurrenz gemeint, die CDU. Schnell merkte ich, dass vielmehr von der Bonner Baracke die Rede war - das waren die Bösen: Wir hier in Nordrhein-Westfalen und die. Es kam mir einigermaßen pervers vor, sich dauernd intern zu bekämpfen. Das hat vielleicht ein bisschen nachgelassen gegenüber den siebziger und achtziger Jahren, als solche Richtungsspiele auch in den Gewerkschaften eine Riesenrolle spielten. Ganz verschwunden sind sie noch immer nicht, und sie werden im neuen Gewand - Klaus Wieseberg hat auf die PDS hingewiesen - auch sicherlich in irgendeiner Form wieder auftauchen.

Gewerkschaften sind eben keine Eunuchen und das, was ich mit Dienstleistung meine, ist davon völlig unberührt. Denn ich meine einen etwas umfassenderen Begriff. Heinz Putzhammer hat nochmals die Gegenüberstellung gemacht: Dienstleistung einerseits - Machtfaktor andererseits. Reden wir über Europa. Es gibt in Europa Organisationen, Verbände, die sind unerhört mächtig. Sie verstehen sich dennoch als Dienstleistungsorganisationen. Von denen können die Gewerkschaften sich eine Scheibe abschneiden. Ich nenne als allseits bekanntes Beispiel den Deutschen Bauernverband. Der stellt nicht dauernd die Machtfrage, öffentlich jedenfalls nicht. Aber er hat Macht, er ist erstaunlich mächtig. Für eine winzige Minderheit in Deutschland und in Europa sichert er immer noch fast die Hälfte des europäischen Etats. Natürlich hat er auch so etwas wie eine eigene Verbandsideologie, aber auch darüber wird nicht permanent geredet. Man versteht sich und konzentriert sich wirklich darauf, sehr umfassende, sehr intensive, sehr wichtige Leistungen für seine Mitglieder zu erringen. Es ist also kein Gegensatz, Macht zu haben und sich dennoch als moderner Dienstleister zu empfinden. Die Kirchen jaulen regelmäßig auf, wenn ich sie als Interessenverbände bezeichne - sie hätten doch einen geistlichen, geistigen Auftrag. Dort wird eine ganz ähnliche Debatte geführt wie bei den Gewerkschaften. Ich sehe durchaus, dass die Gewerkschaften einen Kitt brauchen, aber der ist nicht dadurch zu härten, dass man permanent die Machtfrage stellt: sondern durch präzise Dienstleistung, durch umfassendes Arbeiten. Machtfaktor und Dienstleistung schließen sich keineswegs aus.

Dieter Wunder: Mir ist dennoch nicht ganz klar geworden, an welche Dienstleistung oder Leistung für die Mitglieder, über die Tarifpolitik hinaus, Ulrich von Alemann denkt.

Klaus Wieseberg fordert, dass die Gewerkschaften einen politischen Auftrag übernehmen. Das sehe ich in enger Verbindung mit Europa. Das wiederum heißt, dass die Gewerkschaften sowohl in der Bundesrepublik als auch auf europäischer Ebene mit klaren politischen Konzepten in die Auseinandersetzung eintreten müssten. Überfordern wir sie damit aber nicht - weniger von der Kompetenz her als von der Machtsituation in der Gesellschaft? Ich bin mit dem, was ich nun sage, früher im Bundesvorstand nie auf viel Gegenliebe gestoßen, wiederhole es dennoch: Ich habe den Eindruck, dass die Gewerkschaften im Grunde Satelliten sind, die um die Regierungs- oder die Oppositionspartei SPD herumschwirren. Das bedeutet durchaus eine ganze Menge Einfluss. Wenn man aber den Weg geht, den Klaus Wieseberg andeutet, dann hieße das ja, dass man sich aus diesem Satellitenstatus gegenüber der nahe stehenden Partei befreien und eigene Konzeptionen ent-

wickeln muss - und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern für das tatsächliche politische Geschäft. Wie kann Arbeitslosigkeit überwunden und der europäische Sozialstaat gehalten werden? Ich fürchte, dass wir uns damit völlig überfordern. Müssen wir uns also damit zufrieden geben, ohne eigene Wirtschaftskonzeption, eigene Staatskonzeption dazustehen und nur für Aspekte der Diskussion zuständig zu sein?

Michael Fichter: Es besteht die zwingende Notwendigkeit, grenzübergreifende Lernprozesse zu fördern, denn wir sind in einem ganz erheblichen Maße von einer Internationalisierung des Kapitals betroffen. Das Kapital organisiert sich völlig neu. Kleine Einheiten werden mit großen Einheiten gepaart. Das betrifft auch die Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften nicht versuchen, diese Prozesse über die Grenzen hinaus zu gestalten, werden sie wirklich untergehen. Ich hatte in unserer Diskussion den Eindruck, dass die Frage der Erbringung von Dienstleistungen nur sehr lokal gesehen wird, in einer Weise, die das größere Bild gar nicht berücksichtigt.

Die Einzelgewerkschaften in der Bundesrepublik werden Dienstleistungen erbringen können, weil sie verstehen, dass sie die Macht dazu haben müssen. Es gibt sehr viele Trittbrettfahrer, die davon profitiert haben, dass es die Gewerkschaften gegeben hat. Irgendwie müssen auch diese Kollegen überzeugt werden, dass sie für die Dienstleistungen der Gewerkschaften bezahlen müssen. Was darüber hinaus geht, ist die Schaffung eines Gefühls der Identität, ohne das eine Gewerkschaft nicht leben kann. Vielleicht kann der ADAC davon leben, dass die Menschen ihre Beiträge zahlen, für eine Gewerkschaft reicht das nicht. Dieses Identitätsgefühl muss etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben. Das ist eine Aufgabe, die nur alle Gewerkschaften gemeinsam lösen können.

Heinz Kluncker: Sind wir nicht in Gefahr, den Deutschen Gewerkschaftsbund zu einem Element politischer Parteien zu machen, wovon Herbert Wehner manchmal geträumt haben mag - ähnlich wie Adenauer und Blüm? Ich glaube, dass der demokratische Aufbau der Bundesrepublik nicht zuletzt deshalb gelungen ist, weil zwischen parteipolitischer und gewerkschaftlicher Betätigung Grenzen gezogen wurden. Wenn Gewerkschaften oder gewerkschaftliche Gliederungen sich als Sprachrohr einer Partei fühlen, dann ist das alarmierend. Das schließt überhaupt nicht aus, dass einzelne Gewerkschaftsmitglieder in parteipolitische Funktionen gewählt werden.

Zur Tarifpolitik habe ich die Bitte: nicht in eine Wunschzettel-Diskussion eintreten, wo Tarifforderungen ohne Berücksichtigung des Machbaren gestellt werden. Immer das Wünschbare mit dem Machbaren abgleichen, nicht auf kritische Analyse verzichten!

Und ich möchte nochmals ein Bekenntnis ablegen. Für mich ist es ein Glücksfall, dass DAG und DGB-Gewerkschaften miteinander fusionieren. Er hilft hoffentlich dabei, ruinösen Wettbewerb im gewerkschaftlichen Leben zu verhindern.

Gerhard Beier: Alle nicken mit dem Kopf, wenn das Stichwort Europa fällt. Lasst mich einmal provozierend konkret werden: Brauchen wir ein europäisches Gewerkschaftsgesetz? Ich bin dagegen, aber die Frage muss diskutiert werden. Ich fände ein europäisches Tarifvertragsgesetz notwendig. Warum wird darüber nicht verhandelt, nicht geredet? Wie steht es mit einem europäischen Arbeitszeitgesetz? Ich frage auch nach einem europäischen Mitbestimmungsgesetz. Brauchen wir das nicht? Und wenn wir es brauchen, warum fordern wir es nicht? Und dann noch etwas ganz Heikles: Politischer Streik ist, glaube ich, ein Instrument in unserem Instrumentenkasten, über das wir nicht reden, das wir tabuisiert haben. In einer

Broschüre, die hier verteilt wurde, kommt der Generalstreik von 1948 mit über 10 Millionen Streikenden in der Bundesrepublik Deutschland nicht vor. Es war ein Generalstreik, der darauf zielte, die westdeutsche Verfassung mit den entsprechenden Artikeln zu versehen. Ich glaube nicht, dass ein europäischer Generalstreik ausgerufen werden kann, aber warum wird über solche Dinge nicht wenigstens nachgedacht?

Wolfgang Anschütz: Zum europäischen Sozialmodell und zur Organisationsentwicklung. Ich habe das Gefühl, dass der DGB sich dabei zu wenig zutraut.

Zum Rechtsschutz: Ich glaube nicht, dass die Modernisierung des Rechtsschutzes gelungen ist. An dieser Dienstleistung waren erhebliche Mängel zutage getreten, die keineswegs beseitigt sind. Ich fordere den DGB auf, mutiger zu sein, seine Rolle anzunehmen und für die Gewerkschaften zu gestalten.

Hans Fuchs: Im Verhältnis zwischen dem Dachverband und seinen Mitgliedsgewerkschaften sind wir womöglich näher am Abgrund, als uns lieb sein kann. Darin steckt auch die Chance, dass sich DGB und Gewerkschaften in den nächsten Jahren neu positionieren. Der DGB, indem er sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, und die Mitgliedsgewerkschaften, indem sie sich wieder auf Spielregeln verständigen und diese auch einhalten. Denn das Nichteinhalten von Spielregeln ist die zentrale Ursache dafür, dass es möglicherweise in den Abgrund gehen kann. So weit muss es nicht kommen.

Mahmoud Thamaz: Politisches Engagement ist wichtiger denn je. Aber wo waren wir denn in den ersten hundert Tage der rot-grünen Regierung, als sämtliche Arbeitgeberverbände, als Medien und Presse auf niedrigstem Niveau auf die Regierung eingedroschen haben? Wir wollten den Regierungswechsel, wir waren uns auch darüber klar, dass das nicht automatisch einen Politikwechsel bedeuten würde, und waren trotzdem nicht da, als es darum ging, in den ersten hundert Tagen Einfluss zu nehmen. Wenn so viele Gewerkschafter in Parteigremien sitzen, wie nutzen die denn unsere Macht, die wir auf sie delegiert haben - anscheinend zu wenig oder falsch? Es kann doch nicht sein, dass ein Bauernverband, der mit Sicherheit viel weniger Mitglieder hat als wir in den Gewerkschaften zusammen, fünfzig Prozent vom EU-Etat abzwacken kann.

Wenn wir schon einmal bei Europa sind: Ich fühle mich vernachlässigt, wenn ich sehe, wie weit Europa uns schon überrollt hat mit Finanzmärkten, Unternehmensstrukturen, Konzernen. Wenn ich sehe, dass polnische Bauarbeiter auf bundesdeutschen Baustellen in Berlin zu ganz anderen Löhnen arbeiten wie deutsche, dann muss ich mich fragen: Was haben wir verpennt? Wir haben nicht parallel gleichgezogen, um unsere Rechte durchzusetzen.

Die Arbeitswelt der Zukunft, Frau Deckstein: Flexibilität ersetzt die Kontinuität. Als junger Mensch habe ich Lust, die Welt zu sehen. Aber irgendwann will eine Familie gründen und sesshaft werden. Ich will kein Hightech- oder Cyber-Beduine werden.

Der Arbeitsmarkt sieht heute aus wie ein Spiegelei. Es gibt einen kleinen Kern an Stammebelegschaft in den großen Firmen, die haben Tarifierung, Interessenvertretung, unbefristete Arbeitsverhältnisse. Aber der große Teil, das Eiweiß drumherum, das sind alles Leiharbeiter, Zeitarbeitsfirmen, Hilfsarbeiter, Aushilfskräfte usw. Wie lange wollen wir uns denn noch mit uns selbst beschäftigen, während sich die Welt um uns herum verändert?

Klaus Wiesehügel: Es lässt sich darüber lange streiten, inwieweit wir politischer werden können, inwieweit wir tatsächlich Gegenmacht sind. Aber eines darf darüber nicht in Ver-

gessenheit geraten: dass es einen Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt.

In der Arbeitswelt stellt sich dies natürlich heute in unterschiedlichen Formen dar. Nicht überall ist der Interessenkonflikt gleich sichtbar. Ich kenne das aus der Branche, für die ich hauptsächlich zuständig bin, sehr gut. Wir haben im Baugewerbe 70.000 Unternehmen auf diesem kleinen Markt Deutschland. Da gibt es einige große Firmen, die vergleichbar sind mit den großen Firmen in der Metall-Branche. Da funktioniert die Welt nicht anders, als bei den anderen Gewerkschaften auch. Aber ich habe eben auch 30.000 bis 40.000 Unternehmen, in denen der Interessenkonflikt in aller Brutalität stattfindet. Und alles, was wir über die zukünftige schöne, neue Arbeitswelt geredet haben, findet dort nicht statt. Sondern es findet ein Ausbeutungssystem statt, wie wir es eigentlich schon vor vielen Jahren für erledigt hielten, wie es aus der Geschichte heraus bekannt ist. Damit können wir die Arbeitnehmer nicht alleine lassen, das ist tägliche Gewerkschaftsarbeit. Und sie wird es bleiben. Es wird weiterhin viele Menschen geben, die Schutz brauchen. Diesen Schutz müssen wir bieten.

Wenn es darum geht politischer zu werden, ist damit nicht gemeint, das Lied einer bestimmten Partei zu singen. Ich bin selbst Mitglied einer Partei und Bundestagsabgeordneter und empfinde in dieser Rolle oft Konflikte mit gewerkschaftlichen Forderungen. Ich halte es für notwendig, dass es Menschen gibt, die solche Konflikte erfahren. Das ist für die gewerkschaftliche Politik von Nutzen.

Im Hinblick auf Europa haben wir eine Vision: Wir haben gesagt, wir werden nie mehr in Deutschland mit einer anderen Gewerkschaft fusionieren. Die nächste Fusion, die die IG BAU machen wird, wird die mit einer Baugewerkschaft in Europa sein. Das ist für mich eine klare Sache. Aber generell ist die Frage Europa an den DGB zu stellen. Wir müssen den DGB in die Lage versetzen, für uns, für die Gewerkschaften insgesamt das europäische Feld stärker zu besetzen. Dies tun wir aber real nicht, denn das hieße ja, ein Stück Macht abzugeben. Und daran scheitern aller guter Wille und alle Podiumsdiskussionen. In der Strukturdebatte habe ich einmal vorgeschlagen, wir sollten alle in die IG Metall gehen und das Ganze DGB nennen. Dann wären wir wahrscheinlich ein Stück weiter gekommen. Alle haben gelacht und hinter vorgehaltener Hand wurde mir Recht gegeben. Die Konstruktion von Einzelgewerkschaften mit dem DGB als Dach war für die Zeit bis zum Fall der Mauer die richtige Antwort. Jetzt bräuchten wir eine starke politische Gewerkschaftsbewegung, die wir aber nicht schaffen können, weil wir uns alle ein Stück aufgeben müssten. Wir müssten alle eine Menge an den DGB abgeben. Wir sind wohl Gefangene unserer eigenen Geschichte. Vielleicht lernen wir es noch.

Das gilt auch für Europa. Jeder macht ein Büro auf. Dabei müssten wir die wenigen Kapazitäten, die wir haben, konzentrieren.

Heinz Putzhammer: Die europäischen Zuständigkeiten sind letzten Endes auch eine Frage des Geldes. Es hat auf dem diesjährigen Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Helsinki eine für Deutschland im Grunde genommen recht peinliche Debatte gegeben, weil die meisten übrigen nationalen Bünde im Europäischen Gewerkschaftsbund dafür eingetreten sind, dass dieser personell gestärkt wird und zu diesem Zweck die Mitgliedsbeiträge an ihn angehoben werden. Die deutschen Gewerkschafter waren schon im Vorfeld, während der Beratungen in der Antragskommission und in der Diskussion in Helsinki darauf bedacht, dass da um Gottes Willen nicht zu viel gezahlt werden muss, weil wir es uns nicht leisten können. Das kommt bei den übrigen nationalen Gewerkschaften nicht besonders gut an, da der DGB ansonsten von sich behauptet, finanziell ganz gut dazustehen. Ich weiß nicht, wie man das Problem lösen kann.

Dieter Wunder hat zu Recht davor gewarnt, sich in Bezug auf politische Programme und große politische Projekte zu viel vorzunehmen. Gleichwohl muss man darauf hinweisen: Die Auseinandersetzung um den europäischen Sozialstaat, um die sozialen Systeme findet statt. Das ist keine Geisterdebatte, sondern das ist eine sehr umfassend geführte Diskussion mit politischen Auswirkungen. Wenn die Gewerkschaften sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht daran beteiligen, werden sie sich hinterher nicht beklagen können, wenn etwas dabei herauskommt, das sie nicht haben wollen. Deshalb müssen sie sich, bei allen Schwierigkeiten, diese große Aufgabe vornehmen, sie müssen sich an der Debatte beteiligen. Sie müssen versuchen, in dieser Debatte eigene Vorschläge zu machen, eigene Gestaltungskraft zu entwickeln, sonst sind sie nur die Bremser. Und als solche werden sie überrollt werden.

Schließlich zu den Fusionen. Wenn es uns dabei nicht gelingt, die Bildung großer Organisationen zu verknüpfen mit internen Organisationskulturen, die dafür sorgen, dass die Menschen, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, sich in diesen Gewerkschaften noch zu Hause fühlen, dann werden die Fusionen letzten Endes scheitern, weil der Mitgliederverlust noch beschleunigt werden wird.